

TGSH- Wahlprüfsteine	SPD	CDU	Grünen	FDP	SSW	Die Linke	Piraten
<u>(1) Mitzeichnungsrecht für Migration, Teilhabe und Gleichstellung</u> In allen Fragen der Migration und Teilhabe sollte der Bevollmächtigte für Integration ein Mitzeichnungsrecht erhalten, um somit eine interministerielle Harmonisierung der Landespolitik und Verwaltung gewährleisten zu können.	Vielfalt und Anerkennung – so gelingt Integration Schleswig-Holstein steht nach der erfolgreichen Erstaufnahme und Unterbringung von Geflüchteten nun vor der Aufgabe, die Menschen nachhaltig zu integrieren. Das ist für unser Land keine neue Herausforderung. In der Vergangenheit ist es uns immer wieder gelungen, viele Menschen in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Das hat uns stärker gemacht. Auch deshalb ist Schleswig-	Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Unsere Gesellschaft gründet sich auf eine Leitkultur, die geprägt ist von unserer demokratischen Grundordnung, dem staatlichen Gewaltmonopol, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Freiheit des Glaubens und der Religion und der Presse- und Meinungsfreiheit. Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit lehnen wir ab.	Integration nachhaltig organisieren Eine gute gesellschaftliche Integration ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses Programms. Wir setzen uns für gute und qualifizierte Beratung und Betreuung ein und wollen deshalb eine Erweiterung der Angebote. Die Beratungsangebote wie auch die Beratungsstellen müssen finanziell und personell gut ausgestattet sein.	Der starke Zustrom von Menschen aus Ländern außerhalb Europas stellt die Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen bei der Integration. Diese Herausforderung betrifft sowohl die Menschen, die möglicherweise nach dem Ende von Bürgerkriegen in ihren Heimatländern in einigen Jahren in diese zurückkehren werden, als auch diejenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Allen Menschen, die sich auf der Basis eines begründeten Asylantrages oder einer	Der große Zustrom von Flüchtlingen vor allem aus Syrien in 2015 hat das Thema Integration noch einmal ganz oben auf der Tagesordnung angesiedelt. Aber eigentlich ist das Thema nicht neu. Seitdem die ersten „Gastarbeiter“ aus Spanien, Italien, Griechenland oder der Türkei nach Deutschland gekommen ist, ist die Frage aktuell, wie wir gut zusammenleben können. Wir sind ein Einwanderungsland und deshalb kann es nur darum, wie wir alle gut zusammen leben	In Zeiten sich vertiefender sozialer Spaltungen und der Krise individueller Lebensentwürfe finden rechte, vereinfachende Deutungen zunehmend Gehör. Gesellschaftliche Verunsicherung wird von rechtspopulistischen Kräften auch in Schleswig-Holstein genutzt, um Menschenhass und Ausgrenzung zu fördern. Angestachelt durch die allgegenwärtige Hetze gegenüber Geflüchteten gab es auch in Schleswig-Holstein Anschläge auf Geflüchtete und	Unser politisches System, wie es bisher ausgestaltet ist, befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die Menschen vertrauen nicht mehr darauf, dass die Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen entscheidet. Die Interessen des wirtschaftlichen Profits scheinen im Vordergrund zu stehen. Nur wenige Bürger fühlen sich durch ihre Abgeordneten noch gut vertreten. Eine große Mehrheit kritisiert einen zu geringen Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Politik. Wir wollen das

	Holstein weltoffen und tolerant. Mit unserer humanen Flüchtlingspolitik setzen wir seit über 20 Jahren Maßstäbe für die ganze Bundesrepublik und darüber hinaus. Daher werden die Vereinbarungen des Flüchtlingspakts auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt.		Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen, einige sind jedoch noch ausbaufähig. Es gibt ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen, jedoch noch nicht flächendeckend. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt häufig die Infrastruktur. Wir setzen uns auch weiterhin für verkürzte Wartezeiten, eine besondere Unterstützung von Frauen mit Kindern und	Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufhalten, sollte nach Ansicht der FDP die Möglichkeit zur Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnet werden.	und zur Gemeinschaft beitragen können. Auf diese Fragen und viele konkrete Hindernisse müssen wir in den kommenden Jahren endlich funktionierende Antworten finden.	Unterkünfte für Geflüchtete. Der Politik der Angst setzen wir unsere Menschlichkeit und unsere Solidarität entgegen. Rassismus und Antisemitismus sagen wir den Kampf an, auf der Straße, in den Parlamenten und in den Köpfen.	ändern und unsere Demokratie modernisieren („Demokratie-Update“), indem wir die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen stärken, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Mitbürger an demokratischen Prozessen zu ermöglichen. Wir sind davon überzeugt, dass in mehr Mitentscheidungsrechten für die Bürger der Schlüssel für eine bessere Politik liegt.
--	--	--	---	--	--	--	---

			Menschen mit Alphabetisierungsbedarf, mehr Arbeitsangebote und einen Abbau bürokratischer Hürden in ganz Schleswig-Holstein ein. Kontakt und Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration.				
(2) Landesteilhabegesetz In einem umzusetzenden „Landesteilhabegesetz“ sollen alle Verwaltungen Aufgaben erhalten, die sie im Sinne eines umfassenden Diversity Managements umsetzen sollen. Hierbei sind messbare Vorgaben anzustreben, die überprüft werden sollen.	Im öffentlichen Dienst sind Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Wir wollen den Anteil auf über 10 % steigern. Damit sorgen wir nicht nur für Chancengleichheit, sondern schaffen auch eine moderne, vielfältige und vielsprachige Verwaltung. Somit wird auch die reale	Deshalb werden wir - ein verbindliches Landesintegrationsgesetz einführen, das Fördermaßnahmen ebenso regelt wie Sanktionen, die greifen, wenn die Integration verweigert wird, - Sprachkurse in den Landeskompentzen bereits vom ersten Tag an sicherstellen, - in Abstimmung	Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.	Wir wollen deshalb ein offizielles Landesintegrationsministerium in dem die Kompetenzen und Ressourcen, die sich mit dieser Aufgabe befassen, gebündelt werden.		Einen Landesintegrationsbeirat, in den jede Einwohnerin und jeder Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit wahlberechtigt und wählbar ist. Der Landesintegrationsbeirat soll bei allen Gesetzesvorhaben angehört und beteiligt werden.	

	Gesellschaft in der Verwaltung abgebildet.	mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Programm zur Integration von Flüchtlingskindern in Kindertagesstätten erarbeiten, - die Ausbildung der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) weiter ausbauen und insbesondere Lehrkräfte mit Migrationshintergrund motivieren, als DaZ-Lehrkraft tätig zu sein, - festlegen, dass das Wissen über andere Religionen nicht allein dem Religionsunterricht vorbehalten bleibt, sondern auch im Gemeinschaftsunterricht verankert wird.					
(3) <u>Landesantidiskriminierungsgesetz</u> Das Allgemeine						Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die	im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) beinhaltet noch immer viele Regelungslücken und Europäische Antidiskriminierungsrichtlinien wurden nicht hinreichend umgesetzt. Die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes mit einem umfassenderen Rechtsschutzregime gegen staatliche oder private Diskriminierung sollte diese Regelungslücken schließen. Grundgesetzliche Diskriminierungsverbote reichen nämlich vielfach nicht aus, um Diskriminierung durch staatliches oder privates Handeln effektiv zu verhindern oder zu beseitigen.						Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen.	keinerlei Ausnahmen für Beschäftigte in religiösen Einrichtungen mehr gelten zu lassen, soweit die Beschäftigten nicht unmittelbar mit Verkündigung und Lehre befasst sind
(4) <u>Migrantenorganisationen als Zuwendungsgeber</u>	Integration bedeutet, Möglichkeiten		Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von				

<u>installieren</u> Migrantenorganisationen sollen in die Lage versetzt werden, selber als Zuwendungsgeber zu fungieren. Somit können die in Frage kommende Bevölkerungsguppe und die Ziele der Förderprogramme leichter erreicht werden.	der Teilhabe zu schaffen. Dafür haben wir die Migrationssozialberatungsstellen weiter gestärkt. Zudem werden wir die Fachberatungsstellen, die vor Ort wichtige Integrationsarbeit leisten, für die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Zielgruppen sensibilisieren und so ausstatten, dass sie bei der gemeinsamen Aufgabe „Integration“ mitwirken können. Außerdem werden wir die Migranten-selbstorganisationen sowie die türkische Gemeinde und den Flüchtlingsrat weiter strukturell/institu-		Migrant*innen stärken Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmark-sportfeld in Kiel – die Jahre 2015 und 2016 haben, gezeigt, welche großartige Hilfsbereitschaft in uns steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der Migrant*innen-selbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen weiter stärken.				
--	---	--	---	--	--	--	--

	tionell finanzieren.		Angeichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Geflüchteten muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden. Ehrenamt professionell entlasten und dadurch fördern und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken,				
(5) Teilnahme von sog. Drittstaatlern an Gemeindewahlen, Volksinitiativen Die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten von Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten erhöht das Gefühl der Zugehörigkeit zu Schleswig-Holstein und Deutschland.	Wir werden die Vernetzung, Professionalisierung und den Zusammenschluss von kommunalen Partizipationsgruppen von Zugewanderten in Schleswig-Holstein sowie den Verbund von Migrantenselbstorganisationen als Dachorganisation		Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugewanderten Wahlrecht und Partizipation erkämpfen.			Eine Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein für eine Änderung des Grundgesetzes, so dass auch Menschen aus Nicht-EU-Ländern bei Kommunalwahlen das aktive und passive Wahlrecht erhalten können.	Wir setzen uns außerdem für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger ein, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten, unabhängig von

Nach der Verfassungsänderung im Jahre 1992 ist die Erweiterung des Begriffs „Deutsch“ vollzogen worden. Aufgrund des zugunsten von Unionsbürgern eingeführten Wahlrechts ist die enge Auslegung des Volksbegriffs nicht mehr haltbar und verfassungsrechtliche Probleme, die gegen die Einführung des Kommunalwahlrechts gesprochen haben, weitestgehend überwunden. Aus diesem Grund ist ein neuer Anlauf anzustreben. Des Weiteren sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die eine Beteiligung von Nicht-EU-Staatsangehörigen an Volksabstimmungen	en fördern. Das Wahlrecht für die kommunalen Beiräte wie z.B. Jugend- und Seniorenbeiräte werden wir von dem Kriterium der Staatsbürgerschaft entkoppeln und die Bildung von Beiräten für Integration über die Gemeindeordnung ermöglichen.						ihrer Staatsangehörigkeit. Schleswig-Holstein soll sich im Bundesrat für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes einsetzen.
--	---	--	--	--	--	--	--

ermöglichen.							
<u>(6) Bewerbungsverfahren im Arbeitsmarkt</u> Anonymisierte Bewerbungsverfahren haben sich als positive Maßnahmen herausgestellt und in einigen Bundesländern durchgesetzt. Dies sollte auch in Schleswig-Holstein eine verpflichtende Praxis in öffentlichen Einrichtungen werden. Der Fachdialog „Anonymisierte Bewerbungsverfahren: Ein Weg zur Vielfalt?“ in 2014 zeigte bereits, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren für deutlich mehr Transparenz, Objektivität und auch Chancengleichheit sorgen und ein							

wichtiger Baustein zu einer diskriminierungsfreien Arbeitswelt sind.							
(7) <u>Bundesrat</u> Eine Initiative zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts in Bezug auf die Zulassung von Mehrstaatigkeit sollte erneut gestartet werden. Das aktuelle Staatsangehörigkeitsgesetz sieht für die erste Generation kaum eine Möglichkeit der Hinnahme von Mehrstaatigkeit vor. Diese Generation müsste bei der Novellierung insbesondere berücksichtigt werden.			Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.				
(8) <u>Asyl</u> Die Teilnahme der Geflüchteten an Integrationskursen soll ohne Auflagen	Bei unserer Flüchtlingspolitik berücksichtigen wir insbesondere die Kommunen. Deshalb haben	Wir sind überzeugt: Arbeit schafft beste Integrationsperspektiven, deshalb werden wir		Wir werden • dafür Sorge tragen, dass alle Flüchtlinge und Zuwanderer mit Bleibeperspektive	• Wir wollen ein humanitäres Bleiberecht mit gesetzlichen Regelungen und	Schleswig-Holstein ist, wie die gesamte Bundesrepublik, eine Einwanderungs-	Wir erklären ausdrücklich unsere Solidarität mit jenen Mitmenschen, die aufgrund ihrer

gewährleistet sein. Eine uneingeschränkte Gesundheitsversorgung für Geflüchtete soll ermöglicht werden. Die konsequente Beteiligung von Migrantenorganisationen an Maßnahmen für Geflüchtete soll sichergestellt werden.	wir 20 Mio. Euro für das Programm zur Wohnraumförderung für Flüchtlinge bereitgestellt. Wir bekennen uns nach wie vor dazu, dass Integration am besten in dezentraler Unterbringung gelingt. Deshalb sollen bei der Integration hinderliche Einrichtungen mit vielen Geflüchteten an einem Ort vermieden werden. Damit wollen wir besonders das ehrenamtliche Engagement fördern. All diese Maßnahmen sollen zur Integration der	- berufliche und schulische Qualifikationen der Flüchtlinge und Asylsuchenden bereits vor der Verteilung in die Kommunen klären, - volljährigen Flüchtlingen bis 25 Jahre den Zugang zur Berufsschule ermöglichen, um auch sie in das duale Berufsausbildungssystem zu integrieren und ihnen einen Schulabschluss zu ermöglichen, die Kreise und kreisfreien 1565 Städte dabei unterstützen, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, für arbeitsfähige Asylbewerber ein Eingliederungskonzept in den Arbeitsmarkt zu		Zugang zu Sprachkursen erhalten. Dieses Angebot soll verpflichtend ausgestaltet werden. • dafür Sorge tragen, dass Kindertagesstätten und Schulen ausreichend Unterstützung, vor allem im personellen Bereich, erhalten, um ihren Integrationsauftrag erfüllen zu können. • die verschiedenen Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt besser aufeinander abstimmen und zielgerichteter ausgestalten. • den schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Menschen mit einer Bleibeperspektive	realistischen Anforderungen für eingewanderte und geflüchtete Menschen. • Stichtagsunabhängigkeit, Ansprüche an die Lebensunterhaltssicherung, Ausübung einer Erwerbstätigkeit, verlässliche Perspektiven für die Kinder und eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis gehören dazu. • Wir wollen, dass ein Anspruch auf niedrigschwellige Hilfen besteht: Migrationssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagogen sowie psychologische	gesellschaft. Viele Eingewanderte leben seit Generationen hier, andere haben erst jüngst Schutz und Aufnahme gesucht: Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen sowie unterschiedlicher sexueller Orientierung. Das Mit- und Nebeneinander verschiedener kultureller Prägungen ist eine seit langer Zeit gelebte gesellschaftliche Normalität. Bei der Diskussion um Multikulturalität geht es ausschließlich um das Wie. Wer Debatten über	Abstammung, Religion, Hautfarbe oder Behinderung in Gefahr sind, ausgegrenzt oder angegriffen zu werden. Wir wollen ein weltoffenes Schleswig-Holstein, das Flüchtlinge, Ausländer und Menschen mit Behinderungen nicht diskriminiert und das jenen, die zu uns kommen und Hilfe brauchen, dieses Grundrecht nicht verweigert werden darf. Wir sind besorgt darüber, dass in Schleswig-Holstein rechtsextremistische Strukturen bestehen, die zur bundesweiten bzw. europaweiten Verzahnung von
---	---	--	--	---	--	---	--

	Geflüchteten beitragen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Flüchtlingsfamilien, die in Deutschland getrennt leben, zusammenzuführen. Für die Aufnahme und Integration von Zugewanderten ist ein koordiniertes Vorgehen auf allen politischen Ebenen notwendig. Wir wollen deshalb bereits vorhandene Strukturen nutzen und symbolische Doppelstrukturen vermeiden. Kommunen müssen Maßnahmen und Konzepte in den Bereichen Sprache, Bildung und Kultur, Jugend und	erstellen, - in Abstimmung mit den Hochschulen, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen sowie der Bundesagentur für Arbeit Modelle entwickeln, wie im Ausland erworbene Ausbildungs- und Studienleistungen ganz oder teilweise angerechnet werden können, damit Flüchtlinge und Asylsuchende ihre begonnene Ausbildung in Schleswig-Holstein fortsetzen können.		ermöglichen.	Hilfen für Erwachsene, Kinder- und Jugendliche. Junge Menschen die Jugendhilfemaßnahmen bekommen müssen auch über das Alter von 18 hinaus fortsetzen können. • Zur gelingenden Integration der Flüchtlinge gehört ein schneller Erwerb der deutschen Sprache. Deshalb wollen wir die Anzahl der Deutsch-Kurse für Flüchtlinge erhöhen. • Wir wollen den freien Zugang zu umfassenden Gesundheits-	das Ob führen möchte, verweigert die Realität. Solidarität ist unser Leitmotiv im Umgang mit geflüchteten Menschen. DIE LINKE steht klar zur Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und wird alle weiteren Verschärfungen der Asyl- und Aufenthaltsgesetze bekämpfen. Alle Sondergesetze zulasten von Flüchtlingen und Asylsuchenden wie etwa die Pflicht, sechs Monate in Sammelunterkünften leben zu müssen oder das ausgeweitete Arbeitsverbot sind aufzuheben. Abschiebungen sind für alle Beteiligten eine	extremistischem und gewaltbereitem Gedankengut erheblich beitragen. Wir setzen uns für die Förderung einer solidarischen Gemeinschaft ein, die Zivilcourage praktiziert und bei jedem Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unsere Mitmenschen demokratisch Gegenwehr leistet. <i>Wir verstehen</i> Europa als ein friedensförderndes Projekt, das den Versuchen der Re-Nationalisierung einzelner Staaten widerstehen muss. Dazu gehört auch, dass es in Europa keine Grenzkontrollen geben darf, erst recht nicht
--	--	--	--	--------------	--	--	---

	Arbeitsmarkt, Gleichstellung und Gewaltschutz entwickeln und umsetzen. Es gibt bereits eine Fülle lokal unterschiedlicher Maßnahmen, Projekte und Aktionen. Um den zielgenauen und flächendeckenden Einsatz der Mittel zu ermöglichen, muss die Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen die Steuerung von den Aufnahmen hin zu einem Integrationsmanagement übernehmen. So wird aus dem Flüchtlingspakt ein Integrationspakt! Wir werden die bereits				leistungen herstellen. Die Gesundheitskarte soll in diesem Fall, als Türöffner dienen. • Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Bund die Flüchtlingsarbeit von Land und Kommunen auskömmlich finanziert.	große physische und psychische Belastung. DIE LINKE fordert als erste Maßnahme einen konsequenten Abschiebestopp. Die integrationsorientierte Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden muss unabhängig von spekulativen oder tatsächlichen Bleibereichtsperspektiven gestaltet werden. Das Land Schleswig-Holstein soll anstatt eines integrierten Rückkehrmanagements das Konzept einer perspektivenoffenen Integrationsförderung verfolgen. Wir wollen eine schnelle dezentrale	zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Schleswig-Holstein muss dafür im Ostseeraum eine Schlüsselrolle übernehmen.
--	---	--	--	--	---	---	--

	vorhandenen Koordinierungsstellen zu Stellen für Integrationsbeauftragte weiterentwickeln. So wird gesellschaftliche Integration durch das Haupt- und das Ehrenamt weiter gestärkt. Insbesondere Ehrenamtliche sind der Erfolgsgarant für die gesellschaftliche Integration.					Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen. Dabei soll Schleswig-Holstein die Wohnraumaufgabe nicht anwenden. Gemeinschaftsunterkünfte müssen Mindeststandards entsprechen und regelmäßig kontrolliert werden. Menschenwürdige Not- und Massenunterkünfte müssen sofort geschlossen werden. Wir setzen uns dabei für bezahlbare Wohnungen für alle Menschen ein und lassen nicht zu, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.	
--	---	--	--	--	--	--	--

						Spracherwerb ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und für den Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Deshalb wollen wir einen schnellen und unbeschränkten Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für alle Geflüchteten umsetzen. Notwendig ist ein Konzept, das von Erstberatung bis zu Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag die notwendige Begleitung sichert. Wir wollen eine Qualifizierungsoffensive für Geflüchtete und Langzeiterwerbslose.	
(9) <u>Mehrsprachigkeit</u> Kinder von						Kulturelle Zugehörigkeit ist nicht allein von Erstsprache,	

Migrantenfamilien wachsen mit mehreren Sprachen auf. Sowohl Deutsch als auch die Familiensprache sollen gefördert werden, denn die Stärkung der Familiensprache fördert das Selbstbewusstsein der Kinder und erleichtert das Erlernen der deutschen Sprache. Diese wissenschaftliche Erkenntnis ist unumstritten. Jedoch sehen wir in der Praxis viele Hindernisse bei der Förderung der Herkunftssprachen von Kindern mit Migrationsgeschichte. Die Förderung der Mehrsprachigkeit ist als Ziel in § 4 SchulG aufzunehmen und durch geeignete Maßnahmen zu fördern.						Geburtsort oder Staatsbürgerschaft abhängig, sondern auch von der oft mehrfachen kulturellen Identität des einzelnen Menschen und dem daraus abgeleiteten Bekenntnis. Daher müssen, können und wollen viele Menschen in Schleswig-Holstein sich nicht nur zur deutschen Mehrheitskultur bekennen; sie sind vielmehr Teile mehrerer Kulturen. Die dänische Bevölkerungsgruppe ist ein besonders deutliches Beispiel dafür, aber ebenso auch viele Menschen mit Migrationshinter-	
---	--	--	--	--	--	--	--

						grund. Schleswig-Holstein ist durch seine Geschichte zu einer besonderen Region vielfältiger kultureller Identitäten geworden. Heute gehören dänische, friesische, türkische, osteuropäische und außereuropäische Kulturen zum Alltag in unserem Bundesland. Das funktioniert nicht in allen Bereichen problemlos, doch die meisten Menschen in Schleswig-Holstein pflegen ein gutes Miteinander, unabhängig von kulturellen Identitäten. Das darf durch fremdenfeindliche und	
--	--	--	--	--	--	--	--

						nationalistische Strömungen nicht in Gefahr gebracht werden.	
<u>(10) Islamischer Religionsunterricht (IRU)</u> Der islamische Religionsunterricht ist ein Recht für Kinder islamischen Glaubens. Das Grundgesetz sieht die Religionsgemeinschaften als Träger des Unterrichts vor. Jedoch sind viele dieser muslimischen Vereine politischer Natur und vertreten ohnehin nur einen sehr geringen Anteil der muslimischen Bevölkerung. Aus diesem Grund sind wäre es eine Lösung, in einem anzustrebenden Staatsvertrag diese Frage zu klären. An einem Staatsvertrag sollten insbesondere säkulare Verbände			Langfristig soll es zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im Land kommen, ähnlich der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden bestehen. Die Möglichkeit, religiöse Symbole zu tragen oder auf sie zu verzichten, zeichnet eine weltoffene Gesellschaft aus. Burka und Niqab können Ausdruck eines patriarchalen, frauenfeindlichen Gesellschaftsbildes sein, das wir ablehnen. Keine Frau soll sich		Durch eingewanderte und geflüchtete Menschen ist der Islam schon seit Jahrzehnten Realität in Schleswig-Holstein. Im Sinne eines gedeihlichen Zusammenlebens gilt es, die verschiedenen Glaubenswelten des Islam zu respektieren soweit sie mit der Rechtsordnung unseres Landes im Einklang stehen. Unser übergeordnetes Ziel muss sein, Integration und Dialog zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit dem Islam muss ein Anliegen des ganzen Landes sein.	An die Stelle des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts soll ein Fach Lebenskunde, Ethik, Religion (LER) treten, in dem verschiedene Weltanschauungen und Religionen behandelt werden.	Wir setzen uns dafür ein, dass allen Schülern an staatlichen Bildungseinrichtungen ethische und religiöse Inhalte gleichwertig vermittelt werden. Einen konfessionsgebundenen Religionsunterricht lehnen wir ab.

aus dem muslimischen Kulturkreis mit einem klaren Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung beteiligt werden, da nur sie die Gewähr bieten, dass der Unterricht für alle Schüler verschiedener muslimischer Glaubensschule inklusiv verläuft und eine ungewollte politische Einflussnahme fremder Akteure auf/durch den Unterricht sicher ausgeschlossen werden kann.			gegen ihren Willen verschleiern müssen, denn Mimik ist für Kommunikation auch wichtig. Religionsunterricht steht damit ebenfalls unter dem Schutz unserer Verfassung. Dort, wo es bisher keinen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht gibt, ist für uns neben dem Unterricht der christlichen Kirchen die Einführung von Islamunterricht durch staatliche Lehrkräfte geboten. Das Grundrecht auf Religionsfreiheit lässt keine unterschiedliche Behandlung von Glaubensgemeinschaften zu. Das gilt auch für den Abschluss		Wir wollen, dass Schleswig-Holstein eine Islamkonferenz auf Landesebene einführt. Ihre Aufgabe soll es sein, die Stellung des Islam in Schleswig-Holstein zu klären und konkrete Fragestellungen zu definieren, die in Erlassen oder im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren umzusetzen sind. Themen ergeben sich aus den Bedürfnissen unserer islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihren Verbänden und Vereinen und den Anforderungen von Staat und Gesellschaft.	
--	--	--	--	--	--	--

			etwaiger Staatsverträge mit Religionsgemein- schaften.				
--	--	--	--	--	--	--	--